

ANTRAG

Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 22. September 2024

*Antragsteller*in: Sava Stomporowski, Götz Witzel, Imke Kügele, Jakob Lindenthal, Jan Schollmeier, Alex Rohde, Andreas Meinicke, Hans Guttenthaler, Norman Boehm, Winfried Nachtwei, Jasmina Perske, Michael Krüger, Olaf Claus, Esther Joy Dohmen, Jörn Jakschik, Kristóf Gosztonyi*

Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsberatungen

A1: Rüstungsindustrie an sicherheitspolitische Aufgaben und Herausforderungen anpassen

Antragstext

1 Grüne Außen- und Sicherheitspolitik will Frieden und Freiheit und eine auf
2 völkerrechtlichen bzw. rechtstaatlichen Prinzipien basierende Ordnung. Unser
3 Friedensbegriff ist weiter gefasst als eine reine militärische Verteidigung.
4 Unser Friedensbegriff umfasst die rechtzeitige und insbesondere auch zivile
5 Krisenprävention und die Unterstützung von Ländern, die aufgrund von Armut,
6 Klimawandel oder autokratischen Systemen keine Sicherheit erfahren. Seit der
7 Wiedervereinigung haben wir in Europa massiv abgerüstet und von einer
8 Friedensdividende gelebt. Mit der russischen Aggression gegen die Ukraine hat
9 sich diese Dividende in ein Defizit verwandelt.

10 Unser Friedensbegriff hat sich weiterentwickelt und verschließt sich nicht vor
11 der Notwendigkeit sicherheitspolitischer Unterstützung, wie bei UN-Missionen oder
12 einem Verteidigungsfall. Wir müssen die neue internationale Bedrohung ernst
13 nehmen und uns dagegen ausreichend absichern. Als Mitgliedsstaat von NATO und EU
14 muss Deutschland seine Fähigkeiten und seine Bereitschaft zur
15 Bündnisverteidigung glaubhaft machen, um Frieden auch durch Abschreckung wirksam
16 sichern zu können. Dazu müssen wir eine starke Resilienz gegenüber jedweder
17 Bedrohung ausbauen und den aktuellen Rückstand unserer Verteidigungsfähigkeit
18 aufholen. Dies gelingt nur mit einer gut ausgestatteten und ausgebildeten
19 Bundeswehr im Rahmen einer deutschen und europäischen Sicherheitsstrategie und
20 der NATO. Aber wir brauchen dafür auch eine leistungsfähige Rüstungsindustrie.

21 Wir werden in Europa mehr für unsere Sicherheit tun müssen. Wir wollen eine
22 Koordinierung der Rüstungsindustrie, um Fähigkeiten zu sammeln und zu bündeln
23 und um die Leistungsfähigkeit zu optimieren. In diesem Rahmen möchten wir primär
24 für den gemeinsamen Bedarf der EU-Länder, unserer NATO-Verbündeten und weiterer
25 Wertepartner*innen entwickeln und produzieren.

26 Deutschland steht damit vor einem Paradigmenwechsel im Rüstungsbereich, in dem
27 der Staat verlässlich die Weichen für Sicherheit und langfristige Planbarkeit
28 stellen muss. Unsere nationalen Ziele und die der Sicherheits- und
29 Verteidigungsindustrie (SVI) müssen an die notwendigen sicherheitspolitischen
30 Aufgaben und Herausforderungen angepasst werden. Dazu müssen wir die Instrumente
31 der Industrie- und Kooperations- und Exportpolitik aufeinander abstimmen und mit
32 ausreichenden Mitteln ausstatten. Bis zum Aufbau einer ausreichenden
33 Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeit können wir dies nur außerhalb der
34 Schuldenbremse leisten. In Anbetracht der sicherheitspolitischen
35 Herausforderungen brauchen wir eine Koordinierung, Konsolidierung und Stärkung
36 der europäischen Rüstungsindustrie. Dieses Ziel kann erreicht werden, wenn wir
37 die hier aufgeführten benötigten Sicherheitsbedarfe definieren.

38 Wir stehen fest zu unseren Bündnispartnern der NATO. Dabei müssen wir auch das
39 Defizit , die bisher nicht getätigten Investitionen der letzten Jahrzehnte,
40 berücksichtigen und ausgleichen.

41 Aufgrund unserer nationalen und gemeinsamen Sicherheit innerhalb der
42 Bündnispartner ist es notwendig, unsere Rüstungsindustrie durch staatliche und
43 zwischenstaatliche Maßnahmen besonders zu schützen. Desinformation,
44 Cyberangriffe, Spionage und Sabotage sind permanente Gefahrenquellen. Die
45 Herausforderung besteht darin, hybride Bedrohungen frühzeitig zu erkennen und
46 abzuwehren. Schutz vor Einflussnahmen oder gar eine Übernahme durch ausländische
47 Akteure sind durch einen koordinierten Austausch von nachrichtendienstlichen
48 Informationen zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu verbessern.

49 Die Rüstungsindustrie kann und darf nicht auf eigene Faust auf Halde
50 produzieren, deshalb braucht sie verlässliche politische Entscheidungen. Die
51 jährlichen Haushaltsverhandlungen bieten den überwiegend privatwirtschaftlich
52 organisierten Unternehmen der SVI keine Planungssicherheit, um in den Aus- und
53 Aufbau von Kapazitäten zu investieren. Wir schlagen daher ein
54 Bundeswehrplanungs-/-finanzierungsgesetz vor sowie ggf. den Abschluss von
55 langfristigen Verträgen.

56 Zur Sicherung der wehrtechnischen Produktion brauchen wir eine an den
57 sicherheitspolitischen Herausforderungen angepasste strategische Beschaffung.
58 Dabei muss der Bedarf der ukrainischen Streitkräfte berücksichtigt werden. In

59 internationalen Konfliktfällen müssen wir regelmäßig mit gestörten Lieferketten
60 rechnen. Für die Produktion brauchen wir deshalb innerhalb der NATO und der
61 PESCO (Permanent Structured Cooperation) ein gemeinsames und krisenfestes
62 Beschaffungssystem, das Rohstoffe und Ressourcen in ausreichender Menge zur
63 Verfügung stellt. Ein Monitoring der Rohstoffe und Ressourcen sollte durch die
64 Mitgliedsstaaten der EU und waffensystembezogen erfolgen. Diese Daten sollten
65 innerhalb der EU ausgetauscht werden können.

66 Wir brauchen auch den Erhalt der technologischen Souveränität, die nur durch
67 Investitionen im Verteidigungsbereich gesichert sind. Wir müssen mit der
68 technologischen Forschung und Entwicklung auf dem internationalen Markt
69 mithalten. Die Förderung eines innovativen und forschungsorientierten
70 Unternehmensmilieus (Start-ups, Neugründungen, kleine Unternehmen, universitäre
71 Ausgründungen etc.) muss ein wichtiges Standbein auch für eine zukunftsfähige
72 SVI sein und ist dringend kontinuierlich auszustatten. Indem wir bei
73 Innovationen und technologischer Entwicklung vorne mitspielen, können wir unsere
74 sicherheitspolitischen Interessen besser wahren und sie für die Aufgaben unserer
75 Streitkräfte nutzbar machen. Innerhalb dieses Rahmens kann der Staat bei der
76 Ausstattung der Bundeswehr auf erprobte Systeme zurückgreifen, die schnell in
77 großen Stückzahlen produziert werden können. Hier gilt es durch Harmonisierung
78 und Standardisierung möglichst im Rahmen gemeinsamer Beschaffungen die Kosten zu
79 senken und gleichzeitig die Interoperabilität zu steigern.

80 Im Rahmen einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) möchten wir die
81 EU einbeziehen, die derzeit nur eine begrenzte Rolle bei der Neuordnung des
82 Rüstungssektors spielt. Sie könnte z.B. Planungsprioritäten der NATO sowie für
83 die Ukraine definieren oder die Harmonisierung von Anforderungen erleichtern.

84 In internationalen Konfliktfällen kann es zu Versorgungsproblemen kommen.
85 Deshalb müssen wir auch krisenfeste Vorräte anlegen. Das betrifft
86 Munitionsbestände, Ersatzteile, Arzneimittel und Medizinprodukte, ggf. auch die
87 Aufarbeitung alter Waffensysteme. Mit Blick auf unseren PESCO-Beschluss (EU-
88 Verteidigungsinitiative für die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit) geht es
89 darum, die europäischen Streitkräfte organisatorisch und ausrüstungstechnisch
90 kompatibler zu machen, um gemeinsam sicherheits- und verteidigungspolitische
91 Verantwortung zu übernehmen, Fähigkeitslücken zu schließen und die
92 Handlungsfähigkeit zu erhöhen.

Begründung

Dieser Antrag wurde in der AG Bundeswehr nach der letzten BAG gemeinsam beraten und überarbeitet.